

„Der Landtag sind wir“: 5-Fraktionen –Variante des Szenarios „Killerspieler-Datenbank“ erfolgreich getestet

Süddeutscher Münchenmerkur vom 16.10.2009

Thomas S. Regnet & Tobias Raschke



Theresa Obermüller (Maria Deingruber)
Präsidentin des Bayerischen Landtags

Sind Computerspieler, die sog. ‚Killerspiele‘ spielen, eine Gefahr für die Gesellschaft? Diese Frage stellten sich die studentischen Praktikanten des Bayerischen Landtags im Rahmen der Planspielreihe ‚Der Landtag sind wir!‘ am 16.10.09 im Landtag. Gespielt wurde ein fiktiver Gesetzentwurf zur personellen Erfassung von Spielern gewalttätiger Computerspiele.

Der Fraktionsvorsitzende der Planspiel-CSU Hans Reichel (Dominik Faussner): „Jugendliche brauchen mehr Schutz vor brutalen

Medieninhalten.“ Präventiv möchte die CSU an allen Schulen halbe Psychologenstellen schaffen, denn beim „Schutz und Sicherheit der Bürger verheddern wir uns nicht in Kleinigkeiten“. Unterstützt wird der Gesetzentwurf von den Freien Wählern (FW) und der FDP. Die

FDP fordert einige Änderungen an dem Gesetzesentwurf und setzt auf das Verantwortungsbewusstsein der Verkäufer. FDP-Chef Mathias Markus erklärte dazu: „Schutz muss sein. Was nutzt einem toten Bürger seine Freiheit?“ Prof. Dr. Klaus Meier von den Freien Wählern fordert die Grundrechte einzuschränken, sofern es für den Schutz der Bevölkerung erforderlich ist.

Die SPD sieht zwar Handlungsbedarf, lehnt den Gesetzentwurf jedoch ab. Die SPD-Fraktionsvorsitzende erinnerten die geplanten „Beauftragten für jugendgefährdende Computerspiele“ und die entsprechende Datensammlung an Stasi-Methoden und die Verfolgung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger. „Diese ist keine Prävention! Die Datenbank wird Amokläufe nicht verhindern“, so Hedwig Schmied für die SPD.

Die Grünen sehen vielmehr das Recht auf informationelle Selbstbestimmung massiv eingeschränkt. „Schwarz-Gelb schaufelt das Grab der Demokratie.“, so der Grünen-Fraktionsvorsitzende Frank Franke (Felix Schönherr). Seiner Aussage nach, wäre die Prävention in anderen Bereichen sinnvoller, z.B. durch ein strengeres Waffengesetz.

In der Sitzung des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit fordert Matthias Markus (Sascha Albrecht) von der FDP im Falle der Ankündigung eines Amoklaufs Personendaten mit der Datenbank der Extremspieler abzugleichen um ein mögliches Gefährdungspotential besser abschätzen zu könne. Dieser Vorschlag löst bei SPD und Grünen geradezu Entsetzen aus. „Da können Sie ja gleich Kameras in jedem Kinderzimmer anbringen.“, so Hedwig Schmied (Rita Stadtfeldt) von der SPD.

Angela Merki (Nadja Neunsinger), FW, fordert in der Talkrunde ‚Bayern aktuell‘ hohe Geldstrafen für Verkäufer von Killerspielen. „Wir wollen ein Zeichen setzen“, und damit Verkäufer wie Privatleute, die Killerspiele weitergeben, davon abhalten.



Trotz der enormen datenschutzrechtlichen Bedenken der SPD und der Grünen stimmte in der Plenarsitzung eine Mehrheit aus CSU, FDP und Freien Wählern für die Einrichtung einer Datenbank zur Gewaltprävention jugendgefährdender Spiele in Bayern. „Mit diesem Gesetz haben wir ein deutliches Zeichen gegen Jugendgewalt gesetzt.“, so (Jakob Hinney) von der CSU. Prof. Dr. Alois Fritzlmayr (Hubertus Saule) ergänzt: „Die Datenerfassung ist verhältnismäßig, denn jeder kann sich der Maßnahme dadurch entziehen, dass er auf den Kauf gewalttätiger Spiele verzichtet.“